

2 Ja - 1 Nein

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **15 (1988)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910689>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



die Niederlassungsfreiheit für Banken, Versicherungen und Transportunternehmer. Die unmittelbare Folge für die Schweiz: Bilaterale Abkommen werden obsolet. Betroffen sind nicht nur Verkehrsabkommen mit EG-Staaten, sondern auch Abkommen über ausländische Arbeitskräfte (Beispiel Italien).

Einheitlich werden soll aber auch die indirekte Besteuerung der Konsumgüter. Die EG-Kommission schlägt vor, auf Alkohol, Tabak, Wein und Bier einheitliche, in ECU ausgedrückte Abgaben zu erheben. Das Ziel: Eine Annäherung der Preise soll Schmuggel auf sanftem Wege abschaffen.

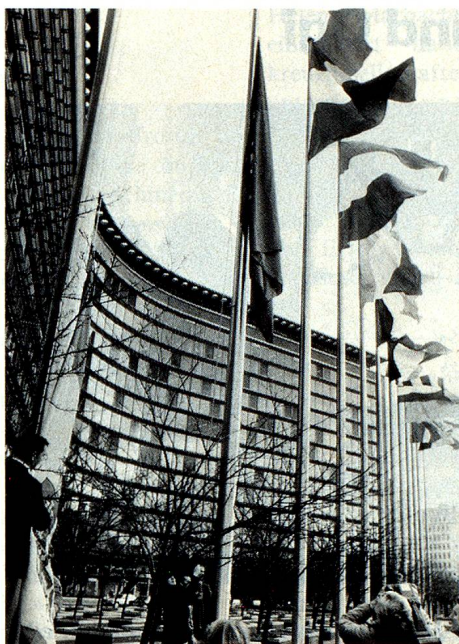
Umgewandelt wird auch der 1979 geschaffene ECU. Er zählt nicht mehr bloss als Recheneinheit, sondern als Zahlungsmittel im EG-Raum schlechthin. Damit würde eine Währungsunion geschaffen, womit unter Umständen via Wechselkursmanipulationen unliebsame Schweizer Konkurrenz vom Markt ferngehalten werden könnte.

Beitritt unrealistisch

Angesichts dieser epochalen Herausforderung gaben die EFTA-Staaten 1984 in der Erklärung von Luxemburg zum Ausdruck, zusammen mit der EG einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen. Doch Franz Blankart, Schweizer Staatssekretär und als Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft (BAWI) de facto Architekt der Handelspolitik, findet, die Schweiz brauche nicht eine intensivierete Mitarbeit im Rahmen der EFTA, sondern ein neues, verstärktes Europabewusstsein. Das Land könne nicht länger von der EG in unzähligen Fällen Rücksichtnahme auf den Sonderfall Schweiz erwarten, wenn nicht gleichzeitig auch in jenen wenigen Fällen, in denen die EG auf unser Land angewiesen sei, ein Entgegenkommen der Alpenrepublik stattfindet. Es drohe allen Ernstes die Marginalisierung der Schweiz. Ein Beitritt aber sei unrealistisch: «Zu glauben, dass Volk und Stände noch in diesem Jahrhundert an einem lauen Mai-Sonntag» dem EG-Beitritt zustimmen würden, «ist total unrealistisch» (Rede vom 28.10.87).

Die Schweiz dürfe deshalb seine Verhandlungsposition in Brüssel nicht durch eine illusionäre Beitrittsaussicht schwächen, sondern müsse andere, praktische Wege gehen. Bevor künftig die Schweiz Normen festlege, solle sie sich bei der EG erkundigen, wie die Gemeinschaft das Problem zu lösen gedenke. Durch diese «vorgängigen Konsultationen» betreibe man eine «aktive Integrationspolitik», die einer nachträglichen Diskriminierung ausweiche.

«Falls wir indessen das Freihandelsabkom-



... zieht aber kaum ins EG-Gebäude in Brüssel ein (Fotos: Keystone).

men von 1973 als den Abschluss einer Politik betrachten und der Konsolidierung der Gemeinschaft mit Interesse, aber untätig und hochmütig zusehen, so wird dem wirtschaftlichen und politischen Druck zum autonomen Nachvollzug schwerlich mehr standzuhalten sein. Dies würde einen Verlust an Unabhängigkeit bedeuten, der grösser wäre als jener, der mit einem Beitritt in Kauf genommen werden müsste, eine Unabhängigkeit, die wir uns gerade dadurch zu bewahren suchten, dass wir der Gemeinschaft ferngeblieben sind.» Blankart, Philosoph und Schüler Karl Jaspers, steuert zweifellos einen pragmatischen Kurs der Handelspolitik, die, eingedenk der beschränkten innenpolitischen Möglichkeiten, das Optimum der gegenseitigen Zusammenarbeit sucht, um zu verhindern, dass im neugeschaffenen Supermarkt Europa die Eidgenossenschaft höchstens in einer abgechiedenen Ecke einen kleinen Kiosk betreiben darf, wo sie erst noch nur jene Produkte verkauft, die ihr die Supermarktleitung bewilligt hat. *Bruno Hofer*

2 Ja – 1 Nein

Drei bedeutende eidgenössische Vorlagen sind am Abstimmungswochenende vom 6. Dezember 1987 dem Schweizervolk zum Entscheid vorgelegt worden.

Seit Einführung des Initiativrechts im Jahre 1891 hat mit der Rothenthurm-Initiative erst das neunte Volksbegehren Gnade vor dem Souverän gefunden. Die Annahme – mit 58 Prozent Ja-Stimmen – hat deshalb in der Öffentlichkeit Erstaunen ausgelöst. Bei dieser Initiative «Zum Schutz der Moore» geht es um ein Bauverbot in den Moorlandschaften; sie richtet sich direkt gegen den vom Eidgenössischen Militärdepartement geplanten Waffenplatz im Hochmoor von Rothenthurm (Kanton Schwyz). Diese militärische Anlage kann nun nicht im vorgesehenen Ausmass gebaut werden. Die Abstimmungskommentatoren sind sich darin einig, dass es sich bei der Annahme der Initiative nicht um eine Absage an die Armee, sondern um ein klares Bekenntnis zur vermehrten Berücksichtigung des Natur- und Umweltschutzes auch bei militärischen Bauten handelt.

Bei der «Bahn 2000» geht es um ein Konzept zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Bis zum Jahr 2000 soll das Angebot von Bahn und Bus schrittweise verbessert werden: Häufigere und direktere Verbindungen, bessere Anschlüsse, kürzere Reisezeiten und attraktivere Dienstleistungen sind

die Ziele von «Bahn 2000». Das Konzept, das nun von 57 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gebilligt worden ist, war vor allem wegen der Landverluste bei den geplanten Neubaustrecken umstritten. Sehr ungnädig gingen die Stimmbürger mit der Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung um: Die Vorlage wurde mit 71,3 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Die Revision sah vor, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen und eine über Lohnprozente – wie bei der AHV – finanzierte Mutterschaftsversicherung einzuführen. Gewerbliche Kreise hatten – mit Erfolg – das Referendum gegen diese Vorlage ergriffen.

JM

PLACEMENTS RENTES HYPOTHÈQUES

votre service en Suisse

Jean-Michel Honegger
Route de Lavaux 35
CH-1009 Lausanne
Téléphone 021/28 95 72

